

## Pressemitteilung

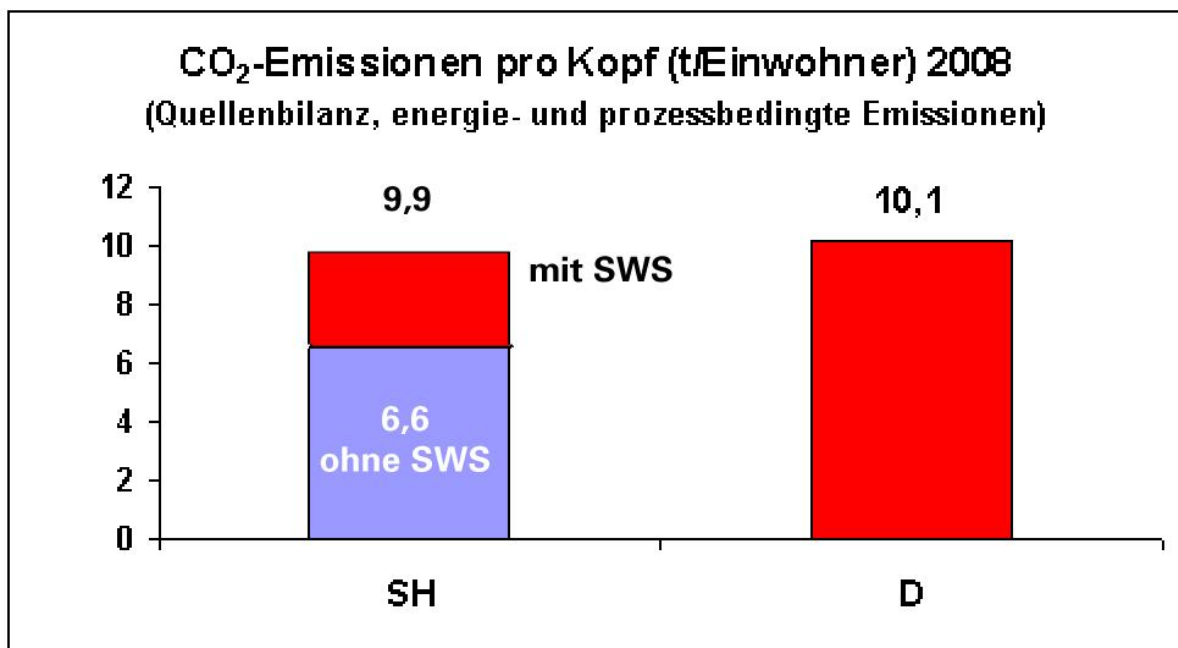
der Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Brunsbüttel (BI) vom 16.2.2011

### Klimapolitischer Offenbarungseid der Landesregierung SH bei Genehmigung eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel

Gestern zeigte sich Umweltministerin Dr. Rumpf „erfreut über die positive Bilanz Schleswig-Holsteins beim Klimaschutz. Angesichts der vom Statistikamt Nord ausgewerteten Daten ist die Umweltministerin sicher, dass das Ziel der Bundesregierung, im Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 40 % zu senken, auch in SH zu schaffen ist.“

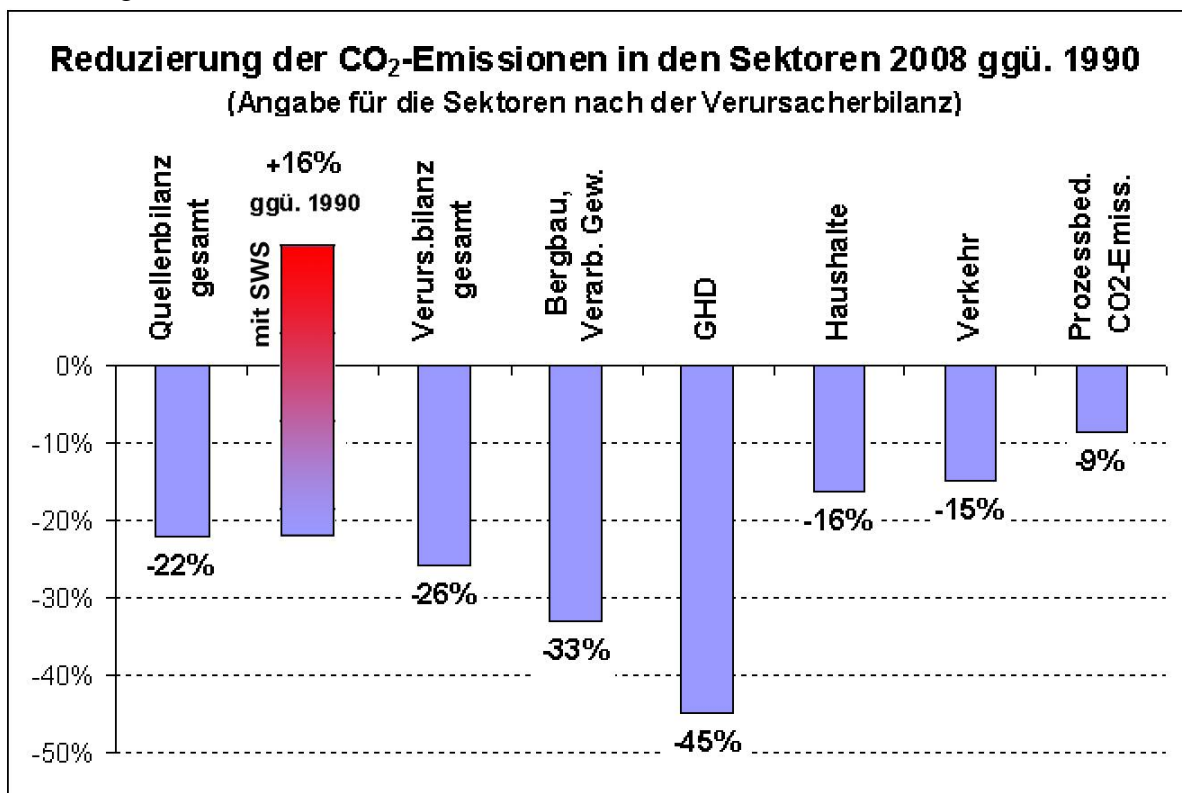
Die BI hat die vom Umweltministerium vorgelegten Abbildungen um die 9.5 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ergänzt, die emittiert werden, falls das 1800 Megawatt große Kohlekraftwerk der SüdWestStrom (SWS) in Brunsbüttel genehmigt wird und in Betrieb geht. Dann würde sich die CO<sub>2</sub>-Bilanz von SH um glatt 50 % erhöhen (CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf, Abb.1)

Abbildung 1:



Statt um 22 % zu sinken, würde sich die CO<sub>2</sub>-Quellenbilanz gar um 16 % gegenüber 1990 erhöhen! (Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Abb. 2). Der klimapolitische Offenbarungseid könnte deutlicher nicht ausfallen. Alle Klimaanstrengungen der Schleswig-Holsteiner würden mit einem Schläge zunichte gemacht.

Abbildung 2:



Die BI fordert den Landrat des Kreises Dithmarschen auf, der SWS die wasserrechtliche Erlaubnis zur Entnahme und Einleitung von jährlich ca. 1.5 Milliarden m<sup>3</sup> aus der Elbe zu verweigern und keine Ausnahmegenehmigung zur Querung des Elbdeichs mit den Kühlwasserleitungen und für die Errichtung des Pumpenhauses mitten auf dem Deich zu erteilen.

Die wasserrechtliche Erlaubnis kann (anders als die Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz) erteilt werden. Sie könnte also ohne Schadensersatzforderungen der SWS verweigert werden. Sie sollte zum Schutz des arg gebeutelten Ökosystems Elbe auf jeden Fall verweigert werden.

Wir fordern die Umweltministerin als oberste Fachaufsicht auf, dem Kreis Dithmarschen zu untersagen, diese Erlaubnis zu erteilen. Das ist klimapolitisch zur Sicherheit der Deiche viel sinnvoller, als lediglich eine Klimaschutzabgabe zu erheben. Zum Schutz der Anwohner vor lungengängigem, Krebs erregendem Feinstaub sowie zur Verhinderung der Verseuchung der landwirtschaftlichen Flächen mit Schwermetallen und Dioxinen ist es allemal das Gebot der Stunde: Woher sollen saubere Nahrungsmittel kommen, wenn wir derartige Dreckschleudern zulassen, Frau Verbraucherschutzministerin?

Die Landesregierung will gut 7 Mio. Euro für die der SWS als Bauplatz zur Verfügung gestellte, landeseigene Fläche, erzielen. Außerdem will sie jährlich ca. 10 Mio. Euro über die Oberflächenwasserabgabe einnehmen. Die viel teurere und schmerzhaftere „Reparatur“ der

Gesundheitsschäden zahlt der Einzelne über seine (weiter steigenden) Krankenversicherungsbeiträge. Die Böden allerdings werden irreparabel geschädigt.

„Wann wird es endlich in den Köpfen der Regierenden ankommen, dass wir keine Zeit zu verlieren haben, dass ein kurzfristig profitorientiertes „Weiter so“ uns auf viel teurere Weise mit unseren Versäumnissen konfrontieren wird, als wenn wir jetzt die Weichen stellen in Richtung CO2-Vermeidung?“, fragt BI-Sprecher Stephan Klose.

Kontakt:

Dr. Karsten Hinrichsen, Tel. 04829/7080